



Detailansicht des Registereintrags

DB InfraGO AG

Aktuell seit 30.09.2026 21:34:14

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer:	R001379
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	30.09.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Adam-Riese-Str. 11-13 60327 Frankfurt / Main Deutschland Telefonnummer: +4916097442632 E-Mail-Adressen: dbinfrago@deutschebahn.com david-johannes.hausdorf@deutschebahn.com Webseiten: <u>www.dbinfrago.com</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

230.001 bis 240.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Philipp Nagl**
Funktion: Vorsitzender des Vorstands
2. **Jens Bergmann**
Funktion: Vorstand Finanzen und Controlling
3. **Ralf Thieme**
Funktion: Vorstand Personal
4. **Dr. Imke Kellner**
Funktion: Vorständin Fahrweg
5. **Dr. Katja Hüske**
Funktion: Vorständin Personenbahnhöfe
6. **Gerd-Dietrich Bolte**
Funktion: Vorstand Infrastrukturplanung und -projekte

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (10):

1. **Friedemann Keßler**
2. **Steffen Hantschick**
3. **Nicole Knapp**
4. **Dr. Alen Folnovic**
5. **Dr. Philipp Nagl**
6. **Jens Bergmann**
7. **Ralf Thieme**
8. **Dr. Imke Kellner**
9. **Dr. Katja Hüske**
10. **Gerd-Dietrich Bolte**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (28):

Energienetze; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Cybersicherheit; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Land- und Forstwirtschaft; Digitalisierung; Kommunikations- und Informationstechnik; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Artenschutz/Biodiversität;

Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Personenverkehr; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Sonstiges im Bereich "Verteidigung"; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die DB InfraGO AG gestaltet die Zukunft der deutschen Eisenbahninfrastruktur. Der Fokus liegt auf der Schaffung eines leistungsfähigen Schienennetzes und attraktiver Bahnhöfe aus einer Hand. In dieser Funktion beobachtet die DB InfraGO AG verkehrspolitische Gesetzgebungsverfahren und Initiativen sowie sonstige für ihre Geschäftstätigkeit bedeutende Aktivitäten von Bundestag und Bundesregierung. Im Zuge dessen werden Dialogveranstaltungen und Gespräche mit Regierungsmitgliedern, Abgeordneten sowie Vertreter:innen der Ministerien geführt. Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (17)

1. Praxisgerechte Umsetzung des TK-Netzausbau- Beschleunigungsgesetzes

Beschreibung:

Die DB InfraGO AG setzt sich für die Beschränkung der Mitwirkungspflicht für den Betreiber der Schienenwege in § 106 auf die Mitnutzung vorhandener Anlagen ein.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 391/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen (TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz)

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMDV) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen (TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13171 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen (TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz)

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMDV) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen (TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

TKG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]

2. Anpassung der gesetzlichen Regelungen zur Entgeltbildung und -regulierung

Beschreibung:

Es bedarf eines funktionsfähigen Trassenpreissystems, das mit den verkehrspolitischen Zielsetzungen kompatibel ist und eine faire Lastenverteilung zwischen den Verkehrsarten schafft. Dafür müssen die finanziellen und regulatorischen Grundlagen überprüft und angepasst werden.

Betroffenes geltendes Recht:

ERegG [alle RV hierzu]; RegG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510010018 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

3. Transformation des Vergaberechts zur Vereinfachung und Beschleunigung von Vergabeverfahren nutzen.

Beschreibung:

Im Rahmen des anstehenden Gesetzgebungsvorhabens sollte das bestehende Potential zur Vereinfachung und Beschleunigung von Vergabeverfahren genutzt werden. Dies gilt u.a. für die Bereiche Flexibilisierung des Losgrundsatzes, elektronische Zurverfügungstellung von Unterlagen, Bekanntmachung von Eignungskriterien, Nachforderung von Unterlagen durch die Vergabestelle, beschleunigter Umsetzungsstart von Infrastrukturmaßnahmen sowie Erleichterung bei Statistikpflichten.

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; VgV 2016 [alle RV hierzu]; SektVO 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#); Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2510010016](#) (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. **Anpassung der Verordnung über die Erteilung von Inbetriebnahmegenehmigungen für das Eisenbahnsystem**

Beschreibung:

Die Änderungsvorschläge zielen auf eine Verwaltungsvereinfachung. Damit sollen sowohl die Planung, Realisierung und Inbetriebnahme von Eisenbahninfrastrukturmaßnahmen beschleunigt werden als auch die Verfahren im Bereich der Fahrzeugzulassung.

Betroffenes geltendes Recht:

EIGV [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#); Schienenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrsinfrastruktur [\[alle RV hierzu\]](#)

5. **Anpassung der 4. BImSchV, im Rahmen des Entwurfs eines Mantelgesetzes und einer Mantelverordnung zur Umsetzung der novellierten IED**

Beschreibung:

Mit einer Anpassung der Regelungen der 4. BImSchV für den Umschlag- und die Zwischenlagerung von Bauabfällen ließe sich das Bauen in der Schieneninfrastruktur erleichtern und beschleunigen.

Referentenentwurf:

[Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie \(EU\) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen \(20. WP\) \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 02.12.2024

Federführendes Ministerium: [BMUV \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[BImSchV 4 2013](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [KrWG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [BImSchG](#) [\[alle RV hierzu\]](#);

[BImSchV 11 2004](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [BImSchV 9](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [BImSchV 17 2013](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Umwelt" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2510010015** (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

6. Bürokratieabbau Paket Schiene

Beschreibung:

Für die Schiene relevante Empfehlungen des Normenkontrollrats für eine Reformagenda der nächsten Bundesregierung sowie noch offene Empfehlungen des Pakts für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung und der Beschleunigungskommission Schiene (BKS) sowie weitere Vorschläge zum Bürokratieabbau sollten für den Bereich gebündelt umgesetzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AEG [alle RV hierzu]; GWB [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; EIGV [alle RV hierzu]; EBKrG [alle RV hierzu]; ROG 2008 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2510010020** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Versendet am 29.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2607020068** (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

7. Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik für die Schieneninfrastruktur

Beschreibung:

Um Modernisierung, Digitalisierung und Ausbau der Schieneninfrastruktur wirksam voranzutreiben, bedarf es einer Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik. Nötig ist eine Leitstrategie des Bundes, Verbindlichkeit, Transparenz und Planbarkeit müssen erhöht, die Rolle des Bundes als Leistungsbesteller gestärkt und die Wechselwirkungen zwischen Nutzer- und Bundesfinanzierung austariert werden. Leitinstrument der Umsetzung soll ein gesetzlich verankerter Infraplan werden. Dieser ist überjährig und verbindlich durchzufinanzieren. Es bedarf eines funktionsfähigen Trassenpreissystems, das mit den verkehrspolitischen Zielsetzungen kompatibel ist und eine faire Lastenverteilung zwischen den Verkehrsarten schafft.

Betroffenes geltendes Recht:

BSWAG [alle RV hierzu]; ERegG [alle RV hierzu]; RegG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

8. Anpassung des GVFG zur Entbürokratisierung und Planungsbeschleunigung

Beschreibung:

Die DB setzt sich für eine Entbürokratisierung und Flexibilisierung der Fördertatbestände des GVFG sowie eine Aufstockung der GVFG-Mittel ein.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines vierten Gesetzes zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 24.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GVFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510010022 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

9. EU-Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Erleichterung des militärischen Transports

Beschreibung:

Die DB begrüßt die Initiative der EU-Kommission zur Erleichterung von militärischen Transporten innerhalb der EU und zur Ertüchtigung der Infrastruktur. Zugleich besteht Änderungsbedarf in Bezug auf derzeit fehlende Kompensationsansprüche unter dem neu geplanten Notfallmechanismus European Military Mobility Enhanced Response System.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verteidigung" [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604010054 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

10. Bedarfsgerechte Mitteldotierung für die Schiene

Beschreibung:

Die DB setzt sich im Rahmen des Haushaltsgesetzes 2027 für eine bedarfsgerechte Mitteldotierung der Infrastruktur ein und dabei insbesondere für das Bestandsnetz.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

11. Verhältnismäßige und praxistaugliche Ausgestaltung der KRITIS-Verordnung

Beschreibung:

Die DB setzt sich für eine praxistaugliche, angemessene, risikobasierte und differenzierte Einbeziehung der Schieneninfrastruktur in den Geltungsbereich der KRITIS Verordnung ein.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Bestimmung kritischer Anlagen nach dem KRITIS-Dachgesetz

Datum des Referentenentwurfs: 26.05.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern (BMI) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BSI-KritisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607020067 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

12. Schaffung weiterer Maßnahmen zum Bürokratierückbau im Schienenverkehr

Beschreibung:

Die DB setzt sich für die Schaffung weiterer Maßnahmen zum Bürokratierückbau im Bereich des Schienenverkehrs ein. Diese weiteren Maßnahmenvorschläge betreffen dabei sowohl die Eisenbahninfrastrukturunternehmen wie auch die Eisenbahnverkehrsunternehmen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 08.05.2026

Federführendes Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AEG [alle RV hierzu]; ERegG [alle RV hierzu]; BSWAG [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; EBO [alle RV hierzu]; EIGV [alle RV hierzu]; StVO 2013 [alle RV hierzu]; LuftVO 2015 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

13. Anpassungen bei Überarbeitung der Ersatzbaustoffverordnung

Beschreibung:

Der DB Konzern unterstützt das Ziel des Verordnungsentwurfs, die Ersatzbaustoffverordnung praxisnäher auszugestalten. Der DB Konzern setzt sich für eine bürokratiearme Ausgestaltung (u.a. Verzicht auf Einbaudokumentation bei bestimmtem wieder eingebauten RC-Gleisschotter) und Anpassungen des Entwurfs dahingehend ein, dass die Abgrenzung zu Nebenprodukten sowie das Ende der Abfalleigenschaft mineralischer Ersatzbaustoffe durch gesetzliche Vorschriften klarer konkretisiert wird und Übergabe- und Übergangsfristen angepasst werden.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf einer Verordnung zur Novelle der Ersatzbaustoffverordnung (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 15.07.2026

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ErsatzbaustoffV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608100016 (PDF - 21 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.08.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

14. Änderungen am Eisenbahnrecht, insbesondere zu bauaufsichtlichen Verfahren und Fahrzeugzulassung

Beschreibung:

Änderungen am Eisenbahnrecht zugunsten der Beschleunigung der Planung, Realisierung und Inbetriebnahme von Eisenbahninfrastruktur und Fahrzeugen

Betroffenes geltendes Recht:

EIGV [alle RV hierzu]; AEG [alle RV hierzu]; EPSV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608120019 (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.08.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

15. Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften

Beschreibung:

Die DB InfraGO setzt sich für eine bürokratiearme Umsetzung der Regelungsvorhaben aus der Agenda für zufriedene Kunden auf der Schiene, die stärkere Verankerung von Pünktlichkeits- und Qualitätszielen bei der Kapazitätsvergabe, die Weiterentwicklung der Trassen- und Stationspreisregulierung im ERegG, die Beibehaltung bisheriger vergaberechtlicher Bestimmungen bei reinen Eigenmittelmaßnahmen, die gesetzliche Verankerung des Infraplans und gegen die Einführung von Karenzzeiten bei Personalwechseln ein.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften

Datum des Referentenentwurfs: 07.08.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ERegG [alle RV hierzu]; AEG [alle RV hierzu]; BSWAG [alle RV hierzu]; DBGrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2609300372 (PDF - 28 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.08.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

16. Anpassungen bei geplanten Datenherausgabepflichten BNatSchG**Beschreibung:**

Die Ziele des Gesetzentwurfs, der Abbau von Bürokratie sowie die umweltrechtliche Beschleunigung und Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sind zu begrüßen. Die Mindestfrist zur Herausgabe von Daten zu Vorkommen von Tieren und Pflanzen wildlebender Arten, ihren Lebensstätten und Lebensräumen sowie von Biotopen nach § 6 Absatz 5a Bundesnaturschutzgesetz sollte sachgerecht verlängert werden. Anzustreben ist zudem eine grundsätzliche Lösung, die die Herausforderung einer verbesserten Datenverfügbarkeit bürokratiearm und damit kostenreduzierend sicherstellt. Auf die vorgesehene Änderung von § 21 Abs. 2 UVPG sollte verzichtet werden.

Referentenentwurf:

Verordnung zur Stärkung eines modernen, digitalen und wirksamen Umweltschutzes (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 03.07.2026

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2609300373 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.07.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

17. Änderungen am Naturschutzrecht, insbesondere zur Eingriffsregelung

Beschreibung:

Änderungen am Naturschutzrecht zugunsten schnellere Verfahren und eines besseren
Schutzes der Biodiversität.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur
Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 06.07.2026

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [\[alle RV hierzu\]](#); Schienenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#);

Verkehrsinfrastruktur [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2609300374 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (44):

1. **Bundesrepublik Deutschland - BMV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 7.421.980.001 bis 7.421.990.000 Euro

Baukostenzuschüsse für den Ausbau der Schienenwege des Bundes

Gefördert werden Maßnahmen nach §1, Satz 1.2 der Leistungs- und

Finanzierungsvereinbarung zur Erhaltung der Schienenwege und Durchführung von

Ersatzinvestitionen des Bedarfsplan für die Bundesschienenwege nach dem

Bundesschienenwegeausbaugesetz. Seit 2009 wird die Bestandsnetzfinanzierung zwischen der DB AG, den Eisenbahninfrastrukturunternehmen und dem Bund über sogenannte

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuFV) geregelt. Der Einsatz der Bundesmittel

im Rahmen der LuFV wird seitdem qualitätsorientiert gesteuert. Mit der LuFV wurde die

Planbarkeit, Effizienz und Transparenz des Mitteleinsatzes zur Erhaltung der Infrastruktur zu verbessern.

2. **Bundesrepublik Deutschland - BMV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 442.560.001 bis 442.570.000 Euro

Sonstige Baukostenzuschüsse für den Ausbau der Schienenwege des Bundes

Gefördert werden Maßnahmen nach §1 Bundesschienenwegeausbaugesetz

3. **Bundesrepublik Deutschland - BMV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 235.380.001 bis 235.390.000 Euro

Maßnahmen zur Lärmsanierung

Gefördert werden Maßnahmen zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes nach der gleichnamigen Richtlinie vom 07.03.2005 bzw. seit 01.01.2019.

4. **Bundesrepublik Deutschland - BMV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 818.840.001 bis 818.850.000 Euro

Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)

Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden leistet der Bund im Rahmen der §1 und §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz Finanzhilfen für Großvorhaben der Infrastruktur des schienengebundenen ÖPNV.

5. **Bundesrepublik Deutschland - BMV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 142.700.001 bis 142.710.000 Euro

Aufwendungen für höhengleiche Kreuzungen

Laut Anhang IV von der Verordnung (EWG) Nr. 1192/69 des Rates vom 26. Juni 1969 über gemeinsame Regeln für die Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen, übernimmt der Bund Aufwendungen für Kreuzungsanlagen.

6. Bundesrepublik Deutschland - BMV

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro

Aufrechterhaltung v. Strecken u. Verladeanlagen

7. Bundesrepublik Deutschland - BMV/BMF

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 184.450.001 bis 184.460.000 Euro

Baukostenzuschüsse für die Beseitigung von Starkregen- und Hochwasserschäden im Jahr 2021

8. Bundesrepublik Deutschland - BMV

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 249.750.001 bis 249.760.000 Euro

Baukostenzuschüsse für das European Rail Traffic Management System (ERTMS)

Ausrüstung deutscher Anteile am transeuropäischen Schienennetz auf Grundlage der

Rahmenvereinbarung über die Finanzierung von Investitionen (Bau, Ausbau und

Ersatzinvestitionen) in die Schienenwege der Deutschen Bahn Aktiengesellschaft /DB Netz AG mit dem Bund, vertreten durch BMVBS und BMF, vom 14.12.1999 sowie

Rahmenvereinbarung über die Finanzierung und Durchführung von Investitionen in die

Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes (RV2020), schlussgezeichnet am 25.08.2020,

zwischen DB Netz AG /DB Station&Service AG /DB Energie GmbH und der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch BMVI und BMF.

9. Bundesrepublik Deutschland - BMV

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 119.860.001 bis 119.870.000 Euro

Förderinitiative zur Attraktivitätssteigerung und Barrierefreiheit von Bahnhöfen (FAAB)

FAAB heißt das ZIP-Folgeprogramm des Bundes zur Förderung des barrierefreien Ausbaus kleiner und mittlerer Bahnhöfe von 2019 bis 2026.

Im Dezember 2019 zeichnete der Bund den ersten von drei Teilen eines neuen

Förderprogramms mit dem Titel "Förderinitiative zur Attraktivitätssteigerung und

Barrierefreiheit von Bahnhöfen 1" (FAAB1).

Mit dieser Vereinbarung wird der barrierefreie Ausbau von aktuell rd. 98 kleineren und

mittleren Verkehrsstationen auf den Weg gebracht. Zur Verbesserung der Barrierefreiheit

zum Bahnsteig und zum Zug werden vor Ort u. a. Bahnsteige erneuert und erhöht, Aufzüge/Rampen erstellt oder die Wegeleitung und Fahrgastinformationen angepasst.

10. Bundesrepublik Deutschland - BMV

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 39.890.001 bis 39.900.000 Euro

Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes
Gefördert werden Bedarfsplanmaßnahmen nach Anlage 4 und 5 des Investitionsgesetz
Kohleregionen (InvKG).

11. Europäische Union

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 109.920.001 bis 109.930.000 Euro

Prioritärer Ausbau des transeuropäischen Netzes

Finanziert aus Mitteln der Connecting-Europe-Facility.

12. Gemeinden, Landkreise, Straßenbulasträger, Zweckverbände, weitere

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Divers

Betrag: 550.770.001 bis 550.780.000 Euro

Andere Zuschüsse Gemeinden, Landkreise, Straßenbulasträger, Zweckverbände

13. Bundesrepublik Deutschland - BMV

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 29.810.001 bis 29.820.000 Euro

Deutschlandtakt

Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen des Deutschlandtaktes

14. Europäische Union

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 1.280.001 bis 1.290.000 Euro

Andere Zuschüsse EU - Digitalisierung Bahnbetrieb

Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung der
Verkehrsinfrastruktur (EU-EFRE-Mittel)

15. Bundesrepublik Deutschland - BMV

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 7.210.001 bis 7.220.000 Euro

Baukostenzuschüsse für Digitalisierung Bahnbetrieb

16. Bundesland Baden-Württemberg

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Stuttgart

Betrag: 18.600.001 bis 18.610.000 Euro

Zuschüsse der Länder für Investitionen in den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Baden-Württemberg
Gefördert werden Projekte nach §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

17. **Bundesland Bayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
München

Betrag: 105.030.001 bis 105.040.000 Euro

Zuschüsse der Länder für Investitionen in den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Bayern
Gefördert werden Projekte nach §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

18. **Bundesland Brandenburg**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Potsdam

Betrag: 3.900.001 bis 3.910.000 Euro

Zuschüsse der Länder für Investitionen in den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr -Brandenburg
Gefördert werden Projekte nach §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

19. **Bundesland Hessen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Wiesbaden

Betrag: 35.520.001 bis 35.530.000 Euro

Zuschüsse der Länder für Investitionen in den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Hessen
Gefördert werden Projekte nach §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

20. **Bundesland Niedersachsen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Hannover

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Zuschüsse der Länder für Investitionen in den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Niedersachsen
Gefördert werden Projekte nach §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

21. **Bundesland Nordrhein-Westfalen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Düsseldorf

Betrag: 198.690.001 bis 198.700.000 Euro

Zuschüsse der Länder für Investitionen in den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Nordrhein-Westfalen
Gefördert werden Projekte nach §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

22. **Bundesland Rheinland-Pfalz**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Mainz

Betrag: 23.290.001 bis 23.300.000 Euro

Zuschüsse der Länder für Investitionen in den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Rheinland-Pfalz
Gefördert werden Projekte nach §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

23. **Bundesland Sachsen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Dresden

Betrag: 3.490.001 bis 3.500.000 Euro

Zuschüsse der Länder für Investitionen in den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Sachsen
Gefördert werden Projekte nach §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

24. **Bundesland Sachsen-Anhalt**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Magdeburg

Betrag: 1.090.001 bis 1.100.000 Euro

Zuschüsse der Länder für Investitionen in den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Sachsen Anhalt
Gefördert werden Projekte nach §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

25. **Bundesland Schleswig-Holstein**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Kiel

Betrag: 2.650.001 bis 2.660.000 Euro

Zuschüsse der Länder für Investitionen in den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Schleswig-Holstein
Gefördert werden Projekte nach §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

26. **Bundesland Baden-Württemberg**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Stuttgart

Betrag: 55.440.001 bis 55.450.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Baden-Württemberg
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

27. **Bundesland Bayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
München

Betrag: 120.100.001 bis 120.110.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Bayern
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

28. **Bundesland Berlin**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin

Betrag: 16.680.001 bis 16.690.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Berlin
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

29. **Bundesland Brandenburg**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Potsdam

Betrag: 8.970.001 bis 8.980.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Brandenburg
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

30. **Bundesland Bremen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Bremen

Betrag: 1.540.001 bis 1.550.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Bremen
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

31. **Bundesland Hamburg**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Hamburg

Betrag: 2.270.001 bis 2.280.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Hamburg
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

32. **Bundesland Hessen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Wiesbaden

Betrag: 910.001 bis 920.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Hessen
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

33. **Bundesland Mecklenburg-Vorpommern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Schwerin

Betrag: 1.460.001 bis 1.470.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Mecklenburg-Vorpommern
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

34. **Bundesland Niedersachsen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Hannover

Betrag: 15.950.001 bis 15.960.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Niedersachsen
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

35. **Bundesland Rheinland-Pfalz**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Mainz

Betrag: 4.110.001 bis 4.120.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Rheinland-Pfalz
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

36. **Bundesland Saarland**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Saarbrücken

Betrag: 4.890.001 bis 4.900.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Saarland
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

37. **Bundesland Sachsen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Dresden

Betrag: 3.190.001 bis 3.200.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Sachsen
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

38. **Bundesland Sachsen-Anhalt**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Magdeburg

Betrag: 5.810.001 bis 5.820.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Sachsen Anhalt
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

39. **Bundesland Schleswig-Holstein**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Kiel

Betrag: 540.001 bis 550.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Schleswig-Holstein
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

40. **Bundesland Thüringen**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Erfurt

Betrag: 3.470.001 bis 3.480.000 Euro

andere Zuschüsse der Länder für den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Thüringen
Gefördert werden Maßnahmen nach §3 des Regionalisierungsgesetzes (RegG)

41. **Bundesrepublik Deutschland - BMV / BMVg**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 117.420.001 bis 117.430.000 Euro

Zuschüsse aus dem Verteidigungshaushalt für verteidigungsrelevante
Bedarfsplanmaßnahmen

Geleistet werden Baukostenzuschüsse für Investitionen des Bedarfsplans Schiene zur
militärischen Mobilität nach Anlage 1 zu §1 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes.

42. **Bundesrepublik Deutschland - BMV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 21.990.001 bis 22.000.000 Euro

Baukostenzuschüsse für Investitionen zur Beseitigung von Engpässen im Nahverkehr (BEN) -
Weddeler Schleife

43. **Bundesland Hamburg**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Hamburg

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Zuschüsse der Länder für Investitionen in den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr -Hamburg

Gefördert werden Projekte nach §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

44. **Bundesland Saarland**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Saarbrücken

Betrag: 5.380.001 bis 5.390.000 Euro

Zuschüsse der Länder für Investitionen in den schienengebundenen, öffentlichen
Personennahverkehr - Saarland

Gefördert werden Projekte nach §2 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

DB25_InfraGO_web.pdf